

Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Land-
wirtschafts-Geräthe.

Dresden, 1897.

Thüre zu!
Vollkommenster, selbst-
thätiger geräuschloser
Thürschliesser.
80,000 St. im Gebrauch.
Prospectus gratis u. franco.
Curt Heintze,
Königl. Sachs. Hoflieferant,
Dresden-N.,
Kurfürststr., Ecke Tockstr.
(Fernsprecher II, Nr. 2100.)

Bezugsgebühren
Inhalt: 12 Hefen, 250, nach Nr.
des Jhr. 27.
Abnehmer von Anzeigen:
Vormittags 10 u. 11 Uhr Vorm.
Nachmittags 10 u. 11 Uhr Mitt.
Inhalt: 12 Hefen, 250, nach Nr.
des Jhr. 27.
Abnehmer von Anzeigen:
Vormittags 10 u. 11 Uhr Vorm.
Nachmittags 10 u. 11 Uhr Mitt.

Ratanhia, Zahn-Mundwasser,
das beste Antisepticum zur Erhaltung der Zähne.
1 Flasche 1 Mark. — Versandt nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden,
Georgenthor.

R. Beyer — Papier-Fabrik-Lager —
Papier-Grosshandlung — **Am See 16**
Grösstes Lager aller Sorten Pappen und Packpapiere, Formate
und Rollen in allen Grössen. Schreib-, Post-, Druck- und Um-
schlag-Papiere. — Leinwand — Leinwand — Leinwand —
Pergament. Weisses und farbige Seidenpapiere.
Gelatineblätter. — Billigste Preise. — Prompteste Bedienung.

**Familien-
Stroh-
Schneider-
Schuhmacher-
Nähmaschinen**
H. Grossmann, Nähmaschinenfabr. Chemnitz-
Waisenhausstr. 5, Ströbenstr. 18.

Tuchwaaren. Den Eingang sämtlicher deutschen und englischen **Pörschel & Schneider,**
Frühjahrs-Neuheiten zeigen ergebnis an. **Scheffelstrasse 19.**
Nr. 50. Spiegel: Witten um Krete. Kammerball, Kreuzkriechenbrand, Eisenbahnstr., Victoriajalen, Gerichtsverhandlungen. Wuthmäßige Witterung: **Freitag, 19. Febr.**
„Reichlich“, Fairbanks-Concert, Resource-Concert. Wenig verändert.

Für den Monat März
werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den k. k. Postämtern zu 85 Kreuzern angenommen.
Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.

Politisches.
Die geprüfte Einmütigkeit der Grossmächte, obwohl sie es bereits zu einer gemeinsamen Aktion gebracht hat, ist bisher ohne positive Erfolge geblieben. Die Velebung von Kanea durch die vereinigten Seemächte der europäischen Welt hat weder auf die Griechen noch auf die Kreter die mindeste Wirkung ausgeübt. Nach einer Meldung der „Daily News“ aus Kanea soll die Zahl der bei dem griechischen Lager von Platanos befindlichen Aufständischen schon jetzt 6000 betragen; in zwei Tagen werde sich ihre Zahl auf 20,000 belaufen. Griechenland denkt gar nicht daran, den Rückzug in Kreta anzutreten. Der griechische Minister des Aussenwesens beantwortete die Vorstellungen der Gesandten Frankreichs, Russlands und Italiens dahin, dass die griechische Regierung es ablehne, die Torpedobootflotte zurückzubehalten. Die derselben erteilten Befehle würden aufrechterhalten. Die Antwort auf die erste Operation der Mächte war die Einnahme des Forts Agia durch die Griechen, ohne dass die Instruktion, die den Kommandanten der vor Kreta ankommenden Schiffe erteilt worden ist, weitere Friedensbedingungen mit Gewalt zu verhindern, zur Ausführung gelangt ist. Gegenüber den auf den Befestigungen von Kanea aufgesetzten Flaggen der Grossmächte weht die griechische Fahne, zum Zeichen, dass die Rebellen sich um das vereinigte Europa nicht kümmern. Charakteristisch ist folgender Vorgang: Die Admirale der fremden Seemächte in Kanea forderten den griechischen Konsul auf, er solle im Hinblick auf die Aktion der Regierungen in Kreta die Flagge auf dem Konsulat einziehen. Der Konsul enthielt die Flagge und zog den Flaggenstock ein. Die griechische Regierung ordnete jedoch an, dass das griechische Konsulat wieder eröffnet werde und seine Flagge fliege. Trotz der Einmütigkeit der Mächte scheint Griechenland noch immer auf deren Uneinigkeit zu spekulieren und wenn nicht bald energische Schritte zur Abwehr des Friedensstrebens erfolgen, so dürfte es sich dabei nicht verheeren haben. In Kreta werden die militärischen Operationen trotz aller Protesten fortgesetzt. Der nationale Chauvinismus wächst. Der griechische Gesandte in Paris soll erklärt haben, Griechenland sei entschlossen, die Orientfrage aufzurufen. Falls die Grossmächte die Befreiung Kreta's verhindern, werde Griechenland den Krieg gegen die Türken in Thessalien organisieren. Nicht minder bezeichnend für den griechischen Übermut ist die Thatsache, dass das Telegraphenamt in Athen willkürlich die Aufnahme von Telegrammen der europäischen Regierungen an ihre diplomatischen Vertreter in der griechischen Hauptstadt 48 Stunden lang unterbrochen hat. Die Herren Gesandten in Athen sollen sehr erstaunt gewesen sein, dass sie drei Tage lang während einer kritischen Zeit ohne direkte Nachrichten von ihren Regierungen geblieben sind.
Auch die europäischen Kabinette scheinen inzwischen zu der Einsicht gelangt zu sein, dass die bloße Velebung von Kanea wirkungslos geblieben ist, weil sie zu spät erfolgte. Man plant daher durchgreifende Gewaltmassregeln. Nach der „Aftn. Zig.“ hat die von Deutschland vorgeschlagene Blockade des Straits die Zustimmung der meisten Mächte gefunden. Es fragt sich nur, ob auch diese Zwangsmassnahme, die gewiss ihren Zweck nicht verspricht hätte, wenn sie rechtzeitig in's Werk gesetzt worden wäre, nicht zu spät zur Ausführung gelangen wird. Die Blockade der griechischen Hafenorte würde zwar die weitere Unterstützung der Aufständischen auf Kreta verhindern, aber nicht den Ausbruch der Feindseligkeiten auf dem Festland unmöglich machen. Die Hauptgefahr besteht aber gerade darin, dass der Krieg zwischen der Türkei und Griechenland in vollem Umfang aufgenommen wird. In Konstantinopel, wo man bisher die Regelung der Dinge auf Kreta ganz allein den Mächten überlassen hat, scheint die Geduld erschöpft zu sein. Nach den neuesten Meldungen ist die Frage nunmehr entschieden, die Kretenser Forderungen der Griechen nicht unbeantwortet zu lassen. Die Mobilisierung erstreckt sich zunächst auf 98 Bataillone, rund 80,000 Mann, zu deren Oberbefehlshaber der frühere Kommandant von Beirut, Marschall Eddem Pascha, ernannt worden ist. Ferner ist der neue Militärfeldmarschall für Kreta, Saad-Eddin-Pascha, mit drei Bataillonen von Konstantinopel nach Kreta abgegangen. Der Kriegsminister hat vom Marineminister 25 Truppentransportschiffe beansprucht.
Man darf sich nicht wundern, dass der griechische Trotz bisher nicht gedämpft worden ist. Denn es fehlt nicht an Vorgängen, die geeignet sind, die Griechen in ihrem friedensfeindlichen und willkürrechtlichen Vorgehen zu bestärken. Wird doch hier und da endlich eine Lösung der kretischen Frage erdacht, die darauf hinaus kommen würde, Griechenland für seine organ Verhältnisse gegen das Völkerrecht und die Nichtachtung aller seiner internationalen Verpflichtungen zu belohnen. Die Kabinette, wird versichert, wollen Kreta nicht mehr

unter die unmittelbare Herrschaft des Sultans zurückzuführen lassen, sondern die Insel soll die vollständige Autonomie erhalten und Prinz Georg zum Generalgouverneur eingesetzt werden. In Wirklichkeit hätte damit Griechenland erreicht, was es erstrebt; denn die vollständige Einverleibung Kreta's in das neuhebräische Königreich könnte dann nur noch eine Frage der Zeit sein. Vor Allem aber ist es die Haltung der Engländer, die die Griechen ermutigen muss. Die völkerverleumdende Agitation wird dort in großem Massstab betrieben. Oppositionelle Abgeordnete eröffnen unter ihrem Namen einen Kredit für Griechenland und im Unterhaus erklären hervorragende Führer der Liberalen, dass das englische Volk hinter der griechischen Regierung stehe. Das Londoner Kreta-Komitee hat einen Aufruf zur Bildung von Freiwilligen erlassen. Ein englisches Blatt droht dem Kabinet Salisbury mit einem allgemeinen Sturm des Volkswillens, wenn ein englisches Geschütz gegen die Griechen abgefeuert werden sollte. Diefen aber mit das Blatt zu: „Nur immer frisch voran! Das ganze englische Volk steht auf Eurer Seite und erwartet, dass keine Regierung, wenn möglich, allein für Euch eintrete!“ Die englische öffentliche Meinung, bemerkt die „Gamb. Nachr.“, billigt alle Massnahmen, die unter Verletzung des Völkerrechts unternommen werden, wenn sie nur im englischen Interesse liegen. Das ist im Falle Jambou so gehalten und geschieht jetzt in Bezug auf Griechenland, dessen Vorgehen eine der grössten Verunsicherungen ist, die Europa je erlebt hat, und obwohl die Verurteilung seines Verfahrens um so schärfer ausfallen muss, als man sich sagt, dass das bankrotte Griechenland zwar kein Geld habe, um seine europäischen Gläubiger zu befriedigen, wohl aber um Massnahmen gegen die Türkei zu unternehmen. Oder sollte wirklich anders als griechisches Geld die Kosten der Expedition nach Kreta tragen? Die offiziellen Erklärungen sprechen dagegen; aber nicht immer stimmen diese mit den Thatsachen überein. Nous verrons! Auch in Italien und Frankreich wird dafür gefordert, die Hellenen in Kampfesstimmung zu erhalten. In Paris veranstalteten mehrere hundert Studenten eine griechenfreundliche Kundgebung. Sie zogen — unter feindseligen Rufen gegen den Sultan und gegen den Minister des Aussenwesens — auf die Boulevard. Der Versuch, vor der griechischen Botschaft eine Kundgebung zu veranstalten, wurde von der Polizei vereitelt. Eine weitere große Kundgebung der Studenten ist angeht. Die gesammte radikale Presse in Paris vereinigt sich in der Forderung, Kreta an Griechenland zu geben. Der „Gaulois“ macht den ergötlichen Vorschlag, das bankrotte Griechenland solle für die Erwerbung Kreta's an die Mächte 60 bis 80 Millionen Francs zahlen. Das Geld solle von den Mächten dazu verwendet werden, die übrigen Provinzen des ottomanischen Reichs zu reorganisieren. Am häufigsten äußert sich Clemenceau. „Sie drohen Griechenland“, ruft er, „es der Türkei anzuküpfeln! Das sagen sie wohl, aber unterstreichen sie sich einmal, es zu thun! Akademische Diplomaten könnten da Gefahr laufen, dass man sie eilig an den Thron tragen würde, denn die Menschengehild hat Grenzen. Ich weiss, dass der Gzar, unser Freund, nicht will, dass Kreta sich mit Griechenland vereinige; aber Gzar ist doch nicht etwa die ganze Menschheit! Es gibt eine Meinung in Frankreich, im französischen Frankreich, nicht im russischen Frankreich; Kreta den Kreten und durch deren Willen dem griechischen Königreich.“ Das braucht, wenn der Gzar will, den Griechen nicht zu stören. Eine andere Lösung giebt es nicht. Um den Gzaren zu überzeugen, braucht man nur deutlich zu ihm zu sprechen, statt sich ewig vor seinem Schatzen auf den Bauch zu werfen.“ Auch ausserhalb der radikalen Kreise hat in Frankreich die vernünftliche Stimmung die Oberhand. Man glaubt nicht, dass die Einigkeit der Mächte handhalten wird, falls die orientalische Frage in ihrem ganzen bedrohlichen Umfang aufgerollt werden sollte. Dieser Scepticismus ist insofern bemerkenswert, als er doch wohl in einem gewissen Zusammenhang mit den in Petersburg herrschenden Strömungen steht.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. Februar.
Berlin, Reichstag, Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung der Konventionsvorlage. — Abg. Richter (freil. Volksp.) beantragt, die Worte „Schuljahr“, während deren eine weitere Jnschreibüberleitung der konventionen Konolis nicht stattfinden darf, zu streichen, ev. auf 6 Jahre, bis 1900, zu beschränken. Da es sich um einen Kapitalbetrag von 440 Mill. Mark handle, so präsentire 1/2 Prozent bereits einen jährlichen Zinsverlust von 2 1/4 Millionen Mark. In einem solchen Verzicht auf 8 Jahre hinaus liege keinerlei Anlag vor. — Schachschütz Graf Poladomski bittet das Haus, an der Schachschütz festzuhalten, sozialpolitische Humanität und finanzpolitische Klugheit rechtfertigen dies; das Reich könne die Schachschütz nicht verweigern, nachdem Württemberg, Preussen und Baden sie bewilligt haben. Die einzelstaatlichen 3/4-prozentigen Anleihen würden sonst höher stehen als die des Reichs, und was würde das für einen Eindruck machen! Schon diese finanzielle Erwägung sei durchschlagend. In Bayern sei ja eine griechische Schachschütz nicht gewährt, aber dafür habe der bayerische Finanzminister im Landtage die beruhigende Erklärung abgegeben, der zufolge auch dort eine weitere Konvention unter 3/4 Prozent in absehbarer Zeit nicht erfolgen soll. — Die Abg. Rippen (Centr.), Wassermann (nl.) und Fischer (v. Stumm (Reichsp.)) treten für die Beseitigung der Schachschütz ein. Vesterer führt insbesondere aus, wenn die Gläubiger leben würden, dass das Reich in billiger Weise auf sie Rücksicht nehme, so werde das Reich in Zukunft seine Anleihen leichter und besser unterbringen können, als wenn man es an dieser billigen Rücksichtnahme fehlen lasse. — Abg. v. Stauby (deutschl.) erklärt sich dagegen Namens eines Theils der Konventionen für den Antrag Richter,

der in diesem Falle das Interesse der Landwirtschaft vertreten habe (Reiterf.). Hoffentlich gelte das künftig öfterer. Die Anträge Richter werden abgelehnt. Das Gesetz wird unbedeutend angenommen. — Abg. v. Levetzow (son.) begründet seine Interpellation betr. die Organisation des Handwerks. — Staatssekretär v. Richter: Den Wunsch, diese Frage endlich erledigt zu sehen, theilen auch die verbündeten Regierungen. Für die nächste Woche steht die Weiterberatung der Vor schläge der Subkommission in dem Ausschuss des Bundesraths bevor. Es sind Schwierigkeiten in der Sache selbst, welche die endliche Entscheidung verzögert haben. Noch in der letzten Woche sind von den Regierungen 60 Abänderungsanträge eingegangen (Reiterf.), da werden Sie doch der Bundesregierung Zeit zum Ueberlegen lassen müssen. Auch Ihnen muss es lieber sein, wenn Ihnen eine Vorlage zugeht, über welche die Regierungen im Wesentlichen einig sind, als wenn Sie eine Vorlage erhalten, für welche Niemand so recht die Verantwortung übernehmen will (Reiterf.). Ich werde übrigens von der von mir geübten Vorsicht abweichen und Ihnen sagen, dass ich hoffe, die Vorlage werde Ihnen Mitte März zugehen können, denn es wird im Bundesrath Volksdampf angewendet werden. — Abg. Nitz (Centr.): Angesichts dieser Erklärung verzichte ich auf eine Weiterberatung der Sache. — Abg. Richter: Ich beantrage die Weiterberatung (Reiterf.). Da sich für diesen Antrag die entscheidende Anse und die deutsch-konervative Fraktion erheben, so erfolgt die Weiterberatung. — Abg. Bachmühle (freil. Volksp.) beantragt, dass die Angelegenheit des Handwerks nach der Vorlage so gelöst sei. Die Wünsche des Handwerks seien nicht die des deutschen Handwerks. Die Minister hätten geradezu Krieg gegen den Minister, den sie als Hauptbeteiligten ansehen. Aus der neulichen Ministerverammlung am Reichstage habe man Herrn v. Richter logar in das gelobte Land der Kolonialfreunde nach Kamerun geschickt (Reiterf.). — Abg. Jacobsohn (son.): Wir danken dem Herrn Staatssekretär für die Angabe des Termins für die Einbringung der Vorlage. Wir verzichten daher auf jede förmliche Erörterung (Beifall) und vernahmen uns nur dagegen, dass die Handwerker für jedes dumme Wort, welches ein Einzelner auf einer Versammlung spricht, verantwortlich gemacht werde. — Abg. Schmidt (Soz.) erhebt in dem jüngstlichen Auftreten der Konventionen nur ein Propagandamittel. Die Beseitigung des Handwerks sei bei der modernen kapitalistischen Betriebsweise unannehmbar und am allerwenigsten durch einen Kunstzwang zu verhindern. — Abg. Gamp (Reichsp.) dankt dem Herrn Staatssekretär für seine Erklärung. Die Herren von der Linken hätten heute lediglich zu Ventilationszwecken gesprochen. — Abg. Richter (freil. Volksp.): Und wie das wirklich der Fall, so haben Sie doch in Bezug auf Ventilation einen solchen Vorprung, dass wir das gar nicht ausgleichen können. (Reiterf.). Das Grotz der Handwerker sieht gar nicht auf dem Boden der Organisationsaktion. Die jüdischen Regierungen sind Feinde der deutschen Vorlage. Sie thun jetzt so erheit, dass die Vorlage Mitte März ergehen soll, aber Sie glauben doch selber nicht recht, dass die Vorlage noch in dieser Session vom Reichstage erledigt werden kann. (Reiterf.). Für eine solche Organisationsaktion finden Sie im ganzen Reichstage allerhöchstens eine Mehrheit von 6 Stimmen, selbst wenn Sie Herrn Althaus nach sich rechnen. (Ständische Reiterf.). — Abg. Welsch (Reichsp.): Wenn Herr Richter Herrn Althaus nach sich zu ziehen gedächte, so übersteht er dabei, dass Althaus sich schon seit längerer Zeit mehr zu Herrn Richter als zu uns hingezogen gefühlt hat. Wir wollen ihn auch nicht veranlassen, wieder zu uns zu kommen und würden wir uns bedanken, wenn er uns wieder angeboten würde. (Grosse Reiterf.). Redner dankt sodann dem Staatssekretär für seine Erklärungen. — Abg. Althaus (Anti.) (mit ironischem Lachen empfangen): Ihr Lachen übertrifft mich; im deutschen Reichstage pflegt man doch erst zu hören, ehe man urtheilt. Sie werden nun vielleicht sagen, Sie haben mich schon früher gehört (Rufe: Sehr richtig! Reiterf.), aber das Volk hat mich doch seitdem zum zweiten Male wieder gehört, und Sie behaupten doch immer auf die Stimme des Volkes zu hören. Ihr Lachen zeigt mir nun, dass Sie der Stimme des Volkes kein Gewicht beilegen (Beifall). Redner erwähnt dann, er sei durch eine Gerichtsverhandlung länger in Amerika festgehalten worden, als ursprünglich in seiner Absicht lag und geht dann auf die Handwerkerfrage ein. Zwischen Handwerker und Konventionen habe sich ein Duetter gestellt, der durch eine unüberlegte frühere Gewohnheit unterer Verfassungen ausgelassen sei, der Handwerker (Reiterf.). Der Kauf anderer Handwerks durch die Eingewanderten sei Thatsache. Redner schliesst: Meine Herren! So lange Sie dieses germanische Haus nicht gereinigt haben von diesem jüdischen Ungeziefer, so lange wird Ihnen alles Andere nichts nützen. — Abg. Richter: Ich möchte den Herrn Präsidenten fragen, ob es Gebrauch in diesem Hause ist, einen Theil der Bevölkerung als „Ungeziefer“ zu bezeichnen. (Beifall). — Präsident v. Bülow: Wenn es sich so verhält, wie der Herr Abgeordnete Richter andeutet (zustimmende Rufe), so rufe ich den Abgeordneten Althaus wegen seiner Aeusserung zur Ordnung. — Damit schliesst die Weiterberatung. Es folgt die Beratung des Entwurfs des Reichsgesetzes. — Abg. Goller (freil. Volksp.) empfiehlt eine Resolution, die Regierung zu ersuchen, auf eine Herabminderung der Zahl der Disziplinarstrafungen hinzuwirken, insbesondere nicht Bestrafungen wegen Ungelegenheit für eine nächsthöhere Dienststelle einzutreten zu lassen. — Generalleutnant v. Liebow weist ziffermässig zurück, dass die Zahl der Bestrafungen pro Jahr sich ansäglich verringert haben, es sei vielmehr in den letzten Jahren gegen früher eine Abnahme eingetreten. Die Angaben in der Sache über die sogenannte Wasserdecke seien eine Nebenart und entziehen nicht den Thatsachen. — Abg. Dr. Lieber (Centr.): Nach den von der Deeresverwaltung gegebenen Ziffern sei die Zahl der Disziplinarstrafungen in den letzten Jahren nicht eingetreten sei. Er und seine Freunde könnten keinesfalls die Resolution annehmen, da die Disziplinarstrafungen durchaus Sache der Kommandogewalt seien. — Abg. Althaus bemerkt persönlich, er habe vorher keine beabsichtigende Absicht bei seinem Vergleich gehabt, wenn er sie aber gehabt haben sollte, so müsste er sich bei dem Ungeziefer wegen des Vergleichs entschuldigen (Beifall). — Präsident v. Bülow: Ich habe die Bemerkung bei der Urrede im Hause nicht genau verstanden, weshalb ich mir eventuell Weiteres vorbehalte. Morgen: Normalarbeitstag und Marineangelegenheit.
Berlin, Heute Nachmittag hat sich der Kaiser zu mehrstündigem Aufenthalt nach dem Jagdschlösschen Sangerhausen begeben. — Offiziell wird konstatiert, dass es sich bei dem getrunnen Befehle des nordamerikanischen Senators Wolcott, des bekannten Wismottischen, beim Reichskanzler nur um einen Höflichkeitseindruck gehandelt habe. — Das Herrenhaus hat heute die Lehrens

Mittheilung
Stamm
Triumph-
Seife
für Hände
und Hautschutt